

Manfred Lahnstein

Antwort

aus:

Auszeichnung und Aufforderung. Zur Verleihung der Ehrendoktorwürde der Universität Hamburg an Prof. Dr. h. c. Dr. h. c. Manfred Lahnstein am 31. März 2008.

Herausgegeben von Rolf v. Lüde

(Hamburger Universitätsreden Neue Folge 15.

Herausgeberin: Die Präsidentin der Universität Hamburg)

S. 33–41

I M P R E S S U M U N D B I L D N A C H W E I S

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-937816-58-6 (Printversion)

ISSN 0438-4822 (Printversion)

Gesamtausgabe online frei verfügbar (*open access*) unter
http://hup.sub.uni-hamburg.de/purl/HamburgUP_HUR15_Lahnstein

Lektorat: Jakob Michelsen, Hamburg

Gestaltung: Benno Kieselstein, Hamburg

Realisierung: Hamburg University Press,

<http://hup.sub.uni-hamburg.de>

Erstellt mit OpenOffice.org

Druck: Uni-HH Print & Mail, Hamburg

© 2009 Hamburg University Press

Rechtsträger: Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg Carl von
Ossietzky

Bildnachweis:

Der Abdruck aller Abbildungen erfolgt mit freundlicher Genehmi-
gung von Sybill Schneider.

I N H A L T

- 7 Wolfgang Weber: Begrüßung durch den
Gründungsdekan der Fakultät Wirtschafts- und
Sozialwissenschaften
- 13 Monika Auweter-Kurtz: Begrüßung durch die
Universitätspräsidentin
- 17 Rolf v. Lüde: Laudatio
- 33 Manfred Lahnstein: Antwort**
- 43 Anhang
- 45 Rednerin und Redner
- 47 Veranstaltungsprogramm
- 49 Ernennungsurkunde
- 51 Abbildungen
- 55 Curriculum Vitae Prof. Dr. h. c. Dr. h. c. Manfred
Lahnstein
- 59 Bibliographie Prof. Dr. h. c. Dr. h. c. Manfred Lahnstein
- 61 Gesamtverzeichnis der bisher erschienenen Hamburger
Universitätsreden
- 68 Impressum und Bildnachweis

M a n f r e d L a h n s t e i n

A N T W O R T

Sehr geehrte Frau Präsidentin Auweter-Kurtz,
sehr geehrter Herr Dekan Weber,
sehr geehrter Herr Prodekan v. Lüde,
sehr geehrte Gäste,

für mich ist dies heute ein Tag der Ehre, der Freude und der Aufforderung. Ihre Auszeichnung mit dem Titel eines Ehrendoktors der Fakultät Wirtschafts- und Sozialwissenschaften ist eine große Ehre, und es ist für mich eine ebenso große Freude, dass mir die Universität Hamburg, die Alma Mater der Stadt, in der ich jetzt seit 20 Jahren zu Hause bin, diese Ehre erweist. Ich spüre aber auch die Aufforderung, mich nun nicht auf diesem Titel auszuruhen, in meinem Denken und Tun nicht nachzulassen.

Ich denke an diesem Tag an die großen Namen, die Ihre Universität, die ja jetzt auch die meine ist, im Bereich der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften ausgezeichnet haben, wobei ich der Einfachheit halber die Hochschule für Wirtschaft und Politik mit einbeziehe. Ich denke an Ralf Dahrendorf und Hel-

mit Schelsky, an Karl Schiller und Helmut Schmidt. Meine eigene Studienzeit habe ich in Köln verbracht. Auch dort bin ich auf große Lehrer wie Alfred Müller-Armack und Erich Gutenberg, wie René König und Gerhard Weisser gestoßen.

Ob nun „Freiburg-Kölner“ oder „Hamburger Schule“, an beiden Hochschulorten ist an einem bemerkenswerten Entwurf gearbeitet worden, der für mich bis heute vorbildlich geblieben ist. Das Ganze hat man dann mit dem Begriff „Soziale Marktwirtschaft“ versehen, ein Begriff, der ja trotz der einen oder anderen Unschärfe in wichtigen Einzelfragen nicht falsch ist. Und die befruchtenden Querverbindungen zwischen Wirtschafts- und Sozialwissenschaften haben es mit sich gebracht, dass die kulturell-gesellschaftlichen Bedingungen ökonomischen Handelns sichtbar gemacht wurden, dass wirtschaftliche Vernunft nicht ausschließlich oder auch nur primär aus der faszinierenden Fiktion des „Homo oeconomicus“ hergeleitet wurde.

In Hamburg und Köln ist damals also „Ordnungspolitik“ entwickelt worden. An beiden Hochschulorten haben die Professoren und Absolventen es aber nicht bei der Theorie belassen. Sie haben sich eingemischt; einige von ihnen hat es sogar in die praktische Politik gezogen.

Unvergessen die Beiträge Müller-Armacks zu einer europäischen Wettbewerbsordnung, ein Thema, das ja auch Erhard Kantzenbach sehr am Herzen gelegen hat. Unvergessen die Re-

formen Karl Schillers, denen wir nicht nur den Artikel 115 des Grundgesetzes, sondern auch das Wachstums- und Stabilitätsgesetz verdanken. Unvergessen aber auch der unermüdliche Einsatz Helmut Schmidts für eine internationale, zumindest europäische Währungsordnung nach dem Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems Anfang der 70er Jahre. Ihnen wie anderen war gemein, dass sie das politische Geschehen deutlich positiv beeinflusst und zur dynamischen Entwicklung der deutschen Volkswirtschaft wesentlich beigetragen haben.

Warum dieser durchaus nostalgische Rückblick auf die Vergangenheit? Nun, ich werfe ihn deshalb, weil die Gegenwart der Bundesrepublik Deutschland anders und nicht besser ist. In der Politik haben ökonomisches Denken und wirtschaftliche Vernunft keinesfalls Hochkonjunktur, und zu diesem betrüblichen Umstand haben beide Seiten, die Politik und die Wissenschaften, beigetragen.

So hat die gegenwärtige Bundesregierung in ihrem Regierungsprogramm nicht einmal mehr den Versuch gemacht, die von ihr geplanten Einzelschritte in einen ordnungspolitischen Rahmen einzupassen. Das Wirtschaftsministerium hat seine Wächterfunktion in Grundsatzfragen weitgehend aufgegeben, und das einzige ökonomisch vorgebildete Mitglied des Kabinetts, Peer Steinbrück, steht häufig genug allein und von daher auf einem ungemein schwierigen Posten.

Deshalb darf es nicht verwundern, dass sich die öffentliche Diskussion in Deutschland unter Berufung auf das offenbar allmächtige Postulat „sozialer Gerechtigkeit“ vorrangig, ja beinahe ausschließlich auf die Verteilung des Bruttoinlandsproduktes konzentriert. Selbstaufgelegte taktische Zwänge führen immer wieder zu ökonomisch nicht nachvollziehbaren Entscheidungen wie denen, das Arbeitslosengeld I zu verlängern oder beim Thema Mindestlohn den verworrensten aller denkbaren Abwege zu gehen. Wichtige Zukunftsfragen werden tabuisiert, wie das Beispiel des *gentlemen's disagreement* bei der Kernenergie hinreichend deutlich macht. Vor allem aber werden die sich aus der Globalisierung sowie der europäischen Integration ergebenden Herausforderungen systematisch verdrängt oder mit polemisierendem Unterton kommentiert – durchaus nicht nur von Oskar Lafontaine! Internationale Zusammenhänge schaffen es nur dann noch in die politische Debatte, wenn sie zu unangenehmen Folgen führen – wie etwa bei dem Nokia-Beschluss, Arbeitsplätze von Bochum nach Rumänien zu verlagern, oder bei der Finanzkrise der letzten Wochen.

Wo sind die Stimmen, die die eigentliche wirtschaftliche und soziale Kernfrage stellen, nämlich die, wie der Kuchen, der da immerzu verteilt werden soll, größer werden kann? Der Bundespräsident hat das mit seinem Ruf nach „Vorrang für Arbeit“ gleich zu Beginn seiner Amtszeit versucht. Er ist mit seinen Anre-

gungen auf weniger als der halben Strecke stecken geblieben. Wo sind die Stimmen, die darauf hinweisen, dass Freiheit und individueller Gestaltungsspielraum die zwingenden Voraussetzungen für wirtschaftliche Dynamik und damit auch für nachhaltige soziale Stabilität sind? Stattdessen werden unter williger Mithilfe der meisten Medien Neid- oder ähnliche Debatten losgetreten, zu denen einige Neidobjekte allerdings auch kräftig beitragen.

Die Herausforderungen, vor denen Politik und Wissenschaft stehen, sind ebenso gewaltig wie sie faszinierend sein sollten. Der weiter fortschreitende Umbau unserer Volkswirtschaft in eine *service economy*, die neuen Rahmenbedingungen einer globalisierten Weltwirtschaft, rationale Konzepte nachhaltigen Wirtschaftens, die folgenschwere Entwicklung des Euro zu einer Weltreservewährung, das Vordringen solcher Länder wie China und Indien, strukturell bedingte Unsicherheiten auf den internationalen Kapitalmärkten – die Liste ließe sich verlängern.

Dass sich diese Welt von heute nicht mit den Rezepturen von gestern ordnen lässt, ist so offensichtlich, dass es an sich das Erwähnen nicht lohnte. Umso bedenklicher, dass gerade derartige Rezepturen von gestern in der öffentlichen Debatte so häufig ein bereitwilliges Ohr bis hinein in die „politische Klasse“ und die Medien finden.

Der eigentliche Grund hierfür scheint mir in dem zu liegen, was ich einmal in meinem Soziologiestudium als *cultural lag* ge-

lernt habe. In der Tat, die deutsche Gesellschaft, aber auch die deutsche Politik hinken in Denken und Handeln den eigentlichen Notwendigkeiten deutlich hinterher. Die von mir bereits beklagte ökonomische Un- oder Halbbildung ist hierfür ebenso ursächlich wie das menschlich verständliche Sehnen nach der trügerischen Sicherheit des Schrebergartens. Man hat sich doch – siehe Hartz IV – bewegt! Jetzt muss aber auch mal Ruhe sein! Dabei bedenkt kaum jemand, dass Geschwindigkeit immer eine relative Angelegenheit ist. Das gilt auch für das Tempo ökonomischer Veränderungen. Man kann auch dann zurückfallen, wenn man zwar von der Stelle kommt, die anderen aber schneller sind. Und wenn, wie jetzt, taktisches Kalkül der Parteien dazu führt, dass über Jahre hinweg so gut wie gar nichts mehr bewegt wird – die Historiker werden einmal die Jahre zwischen 2007 und 2009 als eine erneute Periode bundesdeutschen Stillstandes beschreiben –, dürfen wir uns über die Folgen nicht wundern. Wir werden sie in Zeiten abgeschwächten Wirtschaftswachstums auf das Unangenehmste spüren, und wir werden darauf nicht mehr lange warten müssen, wie jeder Blick auf die verfügbaren Fakten zeigt.

Was könnten nun insbesondere die Wirtschaftswissenschaften zu einer Besserung der Verhältnisse beitragen? Meine kurzen Gedanken hierzu sind die eines Menschen, der den Nachteil

und den Vorzug hat, sich nicht im eigentlichen Wissenschafts- und Hochschulbetrieb zu bewegen.

Vor allem, so denke ich, dürfen sich die Wirtschaftswissenschaften kein Legitimationsproblem aufdrücken lassen. Ein Legitimationsproblem haben vielmehr diejenigen, die dem Erforschen der ökonomischen Ratio das ideologische Etikett einer „neoliberalen Kälte“ anheften. Der gute Ökonom weiß um die kulturellen und gesellschaftlichen Bedingungen wirtschaftlichen Handelns. Gerade dieses Wissen aber zwingt ihn dazu, die eigentlichen ökonomischen Aspekte komplexer Problemstellungen besonders scharf herauszuarbeiten. Anders wird ein fruchtbarer Abgleich mit anderen, durchaus auch konkurrierenden Sichtweisen nicht möglich sein. Das werden wir vor allem all denen immer wieder sagen müssen, die mit einer gefährlichen Mischung aus unverdaulichem Populärmarxismus und Gutmenschen-Attitüde durch die Lande und insbesondere durch die Fernsehstudios ziehen. Wir dürfen also nicht davon ablassen, zu eigenständigem Denken aufzufordern.

Zu diesem eigenständigen Denken gehört aber auch, dass eine hohe persönliche Leistungsbereitschaft als zwingende Voraussetzung für das Fortschreiten und für das Fortkommen begriffen wird. Für die Hochschulen bedeutet das nach meiner Überzeugung, dass wir die uns anvertrauten jungen Menschen mit Nachdruck dazu ermuntern sollten, es zumindest – in Bologna-

Kategorien ausgedrückt – mit dem Master zu versuchen. Ich will es zuspitzen: Der Bachelor allein reicht häufig für wirkliches Fortschreiten, aber auch für wirkliches Fortkommen nicht aus!

Dass hierzu auch die materiellen Voraussetzungen geschaffen werden müssen, sollte sich von selbst verstehen. Deshalb habe ich die entsprechenden Bemühungen der Frau Präsidentin von Anfang an mit großer Sympathie begleitet und freue mich darüber, dass sie erfolgreich gewesen sind.

Ein nächster Ansatzpunkt sollte darin liegen, die internationale Verflechtung aller entwickelten Volkswirtschaften in der forschenden und lehrenden Tätigkeit noch stärker zu berücksichtigen als das bisher geschieht. Gerade hier muss die Wissenschaft der Politik und der Öffentlichkeit die Augen zu öffnen versuchen. So sehr nämlich die „Nationalökonomie“ weitgehend abgedankt hat und durch die „Internationalökonomie“ zu ersetzen ist, so richtig ist es auch, dass nationale Politikkonzepte immer weniger greifen. Wenn heute Rezepte aus der Mottenkiste des nationalen Sozialismus wieder bereitwillig geglaubt werden, dann ist das auch auf Unwilligkeit der Politik zurückzuführen, sich und der Wählerschaft die Begrenztheit nationalen Handelns einzugestehen und in aller Bescheidenheit redlich zu argumentieren.

Aus dieser notwendigen Einsicht darf nun aber nicht der falsche Schluss gezogen werden, in resignierende Untätigkeit

zu verfallen und sich das Ganze auch noch durch eine Art weltweites *laissez faire* pseudotheoretisch überhöhen zu lassen. Bescheidenheit tut not, aber auch der feste Wille, eben mit anderen zusammen, auf europäischer wie auf internationaler Ebene, einen Ordnungsrahmen für wirtschaftliches Handeln zu beschreiben und umzusetzen. Dass das allerdings wesentlich mehr ist als die unscharfe Forderung nach *global governance*, wird man einem Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler nicht sagen müssen.

All dies mündet in die Aufforderung ein, immer wieder aus der Hochschule herauszutreten und den Versuch zu machen, in absoluter intellektueller Redlichkeit Politik zu beeinflussen. Das sollte hartnäckig und mutig geschehen, denn nur dann hört Politik zu, nimmt Politik ernst, bezieht Politik die Wissenschaft in ihre Entscheidungen ein, anstatt sie vorwiegend *ex post* für die Rechtfertigung ihrer jeweils eigenen Position zu missbrauchen. Gemeinsame unaufgeforderte Stellungnahmen, wie neulich von Prof. Straubhaar und anderen zum leidigen Thema Mindestlohn, dürfen keine seltene Ausnahme bleiben.

Mit meinen bescheidenen Möglichkeiten habe ich im Lauf meines Lebens diesen Versuch immer wieder unternommen. Trotz vielfältiger Widerstände werde ich ihn auch nicht aufgeben, und die heutige Ehrung ist mir dabei ein ganz wichtiger Ansporn. Deshalb darf ich für sie noch einmal von Herzen danken.